

12.07.2015 dpa

Zitat: Sckerl über Forderungen von CDU-Spitzenkandidat Wolf

«Woche für Woche wirft der CDU-Frontmann Wolf Forderungen in den Raum, bei denen man sich fragt, ob er es damit auf die Konkursmasse der AfD abgesehen hat.»

(Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Landtag, Uli Sckerl, äußert sich über Aussagen des CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Guido Wolf.)

Regierung und Opposition streiten über Umgang mit Asylbewerbern

Von Marco Krefting, dpa

Würde die Visumpflicht Flüchtlinge abhalten? Oder drängt sie die Hilfesuchenden eher in die Hände von Schlepperbanden? Bei diesen Fragen liegen CDU und SPD über Kreuz. Nicht der einzige Streitpunkt zwischen Christdemokraten und Landesregierung.

Stuttgart (dpa/lsw) - Zwei Wochen vor dem Flüchtlingsgipfel im Südwesten haben sich Grün-Rot und CDU gegenseitig schlechte Vorschläge und mangelndes Engagement in der Asylpolitik vorgeworfen. Der CDU-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl, Guido Wolf, will eine zusätzliche Hürde für Asylbewerber vom Balkan. Für sechs Monate müsse die Wiedereinführung der vor einigen Jahren abgeschafften Visumpflicht für Bürger der Westbalkanstaaten «ernsthaft geprüft werden», sagte der Fraktionschef der «Stuttgarter Zeitung» (Samstag). Europaminister Peter Friedrich (SPD) entgegnete, das würde das genaue Gegenteil bewirken. «Für den Kosovo gilt die Visumpflicht und trotzdem kamen die meisten Asylbewerber vom Balkan von dort», sagte er am Samstag der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart.

Wolf argumentierte mit dem sprunghaften Anstieg der Zahl von Flüchtlingen aus Ländern, deren Asylanträge in der Regel nicht anerkannt werden. Der Ende 2013 von der EU eingeführte Notfallmechanismus, der eine befristete Wiedereinführung der Visapflicht ermöglicht, sei «genau für solche Fälle gedacht». «Ziel muss es sein, unser Asylsystem zu entlasten, damit wir unsere ganze Kraft auf die Menschen aus den Bürgerkriegsgebieten konzentrieren können.» Deutschland könne bei der EU-Kommission beantragen, die Visumpflicht für sechs Monate befristet wieder einzuführen.

Diese ist aus Sicht Friedrichs vielmehr einer der Gründe, warum die Menschen auf illegalem Weg ihr Glück suchten. «Wer legale Reisemöglichkeiten einschränkt, betreibt ein Konjunkturprogramm für Schlepperbanden.» Wichtiger sei es, in den Ländern Aufklärung zu betreiben, dass die Menschen ärmer zurückkehren als sie geflohen seien. Der starke Rückgang der Zahlen von Asylbewerbern aus dem Westbalkan seit Jahresbeginn zeige, dass

die Maßnahmen der Aufklärung, Bekämpfung der Schlepperkriminalität und der Unterstützung der Behörden in den Ländern erfolgreich seien.

Der innenpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Uli Sckerl, kritisierte: «Woche für Woche wirft der CDU-Frontmann Wolf Forderungen in den Raum, bei denen man sich fragt, ob er es damit auf die Konkursmasse der AfD abgesehen hat.» Offensichtlich wirkungslose Vorschläge wie die nach der Visumpflicht machten nur Stimmung gegen Menschen auf der Flucht und bedienten Vorurteile.

Sinnvoller wäre seine Energie investiert, wenn sich Wolf bei der CDU für mehr Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) einsetze, sagte Sckerl. «Er soll endlich dafür sorgen, dass durch die versprochenen Stellen beim Bamf die Asylanträge flott bearbeitet werden können.» In diesem Jahr habe die Behörde in den drei Landeseinrichtungen zusammen gerade mal 26 Stellen geschaffen. «Deutlich über 100 neue Stellen sind aber dringend notwendig.»

CDU-Landeschef und Innenexperte der Union im Bundestag hingegen betonte am Sonntag die Verantwortung des Landes. «Es braucht dringend mehr neue Stellen bei den Verwaltungsgerichten - dafür sollte sich Herr Sckerl einsetzen, statt unwahre Geschichten über den Bund zu verbreiten.» Die schnelleren Verfahren bei der Bundesbehörde ergäben keinen Sinn, «wenn die Sachen dann bei den Verwaltungsgerichten liegenbleiben». Die Hälfte der Westbalkanverfahren münde in ein Rechtsmittelverfahren. «Schnellere Verfahren beim Bamf nutzen übrigens nichts, wenn abgelehnte Asylbewerber nicht konsequent in ihr Heimatland zurückgeführt werden», monierte Strobl weiter.

Im ersten Halbjahr hatten 22 050 Menschen in Baden-Württemberg erstmals einen Antrag auf Asyl gestellt, gut ein Fünftel davon aus dem Kosovo (rund 21 Prozent). Die Zahlen von dort waren zuletzt rückläufig. 2015 rechnet das Land mit rund 54 000 neuen Flüchtlingen. Für den 27. Juli hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) Vertreter aus Politik, von Kirchen und Sozialverbänden zu einem zweiten Spitzentreffen auf Landesebene nach Stuttgart geladen.